

# Appenzellerland

## Asylzentrum kommt vor Bundesgericht

**Walzenhausen** Das Komitee «Anwohner Sonneblick» zieht seine Beschwerde ans Bundesgericht weiter. Die Gemeinde verzichtet trotz der Niederlage vor dem Obergericht auf diesen Schritt. Für den Kanton könnten die Verzögerungen Folgen haben.

Jesko Calderara, Philipp Wolf  
redaktion@appenzellerzeitung.ch

Ob in Walzenhausen jemals ein Asyl-durchgangszentrum entsteht, ist unklarer denn je. Das Komitee «Anwohner Sonneblick» zieht seine Beschwerde ans Bundesgericht weiter, nachdem es vor dem Obergericht eine Niederlage erlitten hat. Rückblick: Die Stiftung Sonneblick hatte 2016 ein Baugesuch zur Umnutzung der Liegenschaft eingereicht. In der Folge verweigerte die kommunale Baubehörde die Baubewilligung, den Rekurs hiess das Departement Bau und Volkswirtschaft gut. Dagegen reichten die Gemeinde Walzenhausen und die Anwohner beim Obergericht ohne Erfolg eine Beschwerde ein.

Der Gang nach Lausanne erfolgt aus unterschiedlichen Gründen. Hanspeter Baumgartner vom Komitee «Anwohner Sonneblick» und deren Anwalt Werner Ritter betonen, dass sie nicht per se gegen die Aufnahme von Asylanten in Walzenhausen seien. Allerdings fühle man sich vom Kanton in der Planung und Abwicklung des Projekts ungerecht behandelt. Baumgartner und Ritter sind zuversichtlich, vom Bundesgericht gestützt zu werden. Letzterer nennt dazu vier Punkte: «Bisher sind wir um ein faires Verfahren geprellt worden.» Die Zonenkonformität sei nicht gegeben. Bei der Erschliessungsfrage habe das Bau-departement zudem beide Augen zugedrückt. Und ein der Bevölkerung versprochenes, für Walzenhausen spezifisches, Sicherheitskonzept sei nie vorgelegt worden, sagt Ritter.

### Trotz Bedenken akzeptiert die Gemeinde das Urteil

Der grundsätzliche Einwand des Anwohnerkomitees bleibt derselbe wie zu Beginn des Protests: Es sollen nicht, wie vom Kanton geplant, 120 Asylsuchende im «Sonneblick» untergebracht werden, sondern nur rund die Hälfte. Baumgartner und Ritter sorgen sich um die Zukunft Walzenhausens, sollten die Pläne des Kantons umgesetzt werden. «Wenn das Asylzentrum in der vorgesehenen Grösse kommt, werden Anwohner fortziehen. Da können sie sicher sein», sagt Baumgartner. Er verweist dabei auf die Zufahrtsstrasse zum «Sonneblick», die laut dem Komitee nicht für das Verkehrs- und Personenaufkommen eines so grossen Asylzentrums geeignet sei. Zudem habe es keine Strassenlampen. Baumgartner ist der Meinung, dass sich die



Über das Schicksal des ehemaligen Ferienheims Sonneblick in Walzenhausen entscheiden die Bundesrichter in Lausanne.

Bild: Martina Basista

Nachbarn bei einem Asylzentrum mit 120 Bewohnern weniger sicher fühlen würden – es habe keine Beleuchtung.

Im Gegensatz zu den Anwohnern verzichtete die Gemeinde Walzenhausen auf den Weiterzug ans Bundesgericht. Der Gemeinderat habe die Urteilsbegründung vertieft analysiert, sich dann aber gegen diesen Schritt entschieden, heisst es in einer Medienmitteilung. Dies, obschon die Behörden den vom Obergericht angewendeten Massstab bezüglich Sicherheits- und Betriebskonzept als «rechtlich kritisch» ansehen.

### Objekt Krombach 16 wird weiter geprüft

Das zuständige Departement Gesundheit und Soziales ist wenig erfreut über die erneuten Verzögerungen beim geplanten Vorhaben in der Vorderländer

Gemeinde. «Wir bedauern, dass das Urteil des höchsten kantonalen Gerichts nicht akzeptiert wird», sagt Angela Koller, stellvertretende Departementssekretärin. Dadurch werde sich die Betriebsaufnahme im «Sonneblick» weiter verzögern, was insbesondere für die Ausserrhoder Gemeinden entsprechende Kosten verursache. Die Verfahrensdauer vor Bundesgericht kann Koller nicht abschätzen.

Klar ist aber eines: Ende März 2021 muss das Asylzentrum Landegg in Wienacht, welches die Kantone St. Gallen und Ausserrhoden gemeinsam betreiben, geschlossen werden. Der «Sonneblick» ist als Ersatz dafür vorgesehen. Gemäss Koller ist eine rechtzeitige Eröffnung trotz der Verzögerungen durch juristische Verfahren nach wie vor möglich. Die Betriebsaufnahme benötige einen

Vorlauf von drei bis sechs Monaten, sagt Koller.

Im November 2018 kündigte der Regierungsrat vorsorglich die Prüfung einer Alternative an. Konkret geht es um das

kantonseigene Objekt Krombach 16 neben dem Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA) in Herisau. Dies könnte künftig als Asylzentrum genutzt werden.

### Kommentar

## Verzögerungstaktik könnte aufgehen

**Die Ankündigung ist keine Überraschung.** Nach der Niederlage vor Obergericht gelangt das Komitee «Anwohner Sonneblick» nun ans Bundesgericht. Weil die Gegner des geplanten Asyldurchgangszentrums in Walzenhausen schon alle Rechtsmittel ergriffen haben, war mit diesem Schritt zu rechnen. Ihre Argumente bleiben allerdings die gleichen: mangelhafte Erschliessung und fehlende Zonenkonformität. Ob die Richter in Lausanne diese umstrittenen baurechtlichen Aspekte anders beurteilen als das höchste Ausserrhoder Gericht, darf bezweifelt werden. Abwegig ist abgesehen davon der in der Medienmitteilung erhobene Vorwurf der Parteilichkeit an die Adresse des Obergerichts, nur weil den Anwohnern das Urteil nicht passt.

**Für sie könnte sich der Gang ans Bundesgericht aber dennoch auszahlen** – ganz egal, wie dieses dereinst entscheiden wird. Denn Ende März 2021 schliesst das Asylzentrum Landegg, welches Ausserrhoden zusammen mit St. Gallen betreibt. Damit der Kanton seinem gesetzlichen Auftrag weiterhin nachkommen kann, braucht es Alternativen. Wann das Bundesge-

richt einen Entscheid zum «Sonneblick» fällt, lässt sich heute kaum abschätzen. Das Projekt wird sich aber bestimmt nochmals um mehrere Monate, wenn nicht gar Jahre, verzögern. Dadurch fallen weiterhin Mietkosten für ein leer stehendes Gebäude an.

**Der neue Regierungsrat Yves Noël Balmer übernimmt von seinem Vorgänger eine schwere Hypothek.** Als künftiger Vorsteher des Departements Gesundheit und Soziales steht er gleich zu Beginn seiner am 1. Juni beginnenden Amtszeit unter Zugzwang. Möglicherweise gerät nun die Option, neben dem Psychiatrischen Zentrum AR (PZA) ein Asyl-durchgangszentrum zu realisieren, in den Fokus. Ob in Herisau der Widerstand aber kleiner wäre als in der Vorderländer Gemeinde, darf bezweifelt werden.



Jesko Calderara  
jesko.calderara@  
appenzellerzeitung.ch

«Wenn das Asylzentrum in der vorgesehenen Grösse kommt, werden Anwohner fortziehen.»

Hanspeter Baumgartner  
Komitee «Anwohner Sonneblick»



Umstritten ist, ob die Zufahrt zum «Sonneblick» ausreichend ist.

Bild: PD